

Der Angriff geht weiter

Die neue türkis-grüne Regierung bedeutet nichts Gutes für die Arbeitenden in Österreich. Neben ein paar kleinen Zuckerln für Beschäftigte und Familien gibt es Geschenke an Großunternehmen und Kürzungen staatlicher Leistungen. Maßnahmen gegen den Klimawandel sind vielfach vage, unzureichend und die Finanzierung ungeklärt. Das Thema Migration bleibt Angstmacher Nummer eins und der Polizeistaat wird ausgebaut. Unsere Lebensverhältnisse als Arbeitende werden so nur noch mehr unter Druck geraten.

Steuerreformbetrug

Sebastian Kurz verkauft die kommenden Steuersenkungen gerne als Reform im Sinne der fleißig Arbeitenden. Durch die Senkung der Einkommenssteuersätze wird vielen tatsächlich etwas mehr Netto vom Brutto übrigbleiben. Übermäßig werden davon aber Besser- und GroßverdienerInnen profitieren. Genauso bringt der Familienbonus Besserverdienenden mehr als Alleinerziehenden. Die kalte Progression wird allerdings wieder nicht abgeschafft. Allein damit wurden den Lohnabhängigen über die letzten Jahre und Jahrzehnte Milliarden abgeknüpft – von denen nun ein Teil zurückfließt. Wie großzügig...

Wie von der Industriellenvereinigung bestellt kommt die Senkung der Körperschaftsteuer von 25% auf 21% (und damit unter den EU-Schnitt). Davon profitieren fast ausschließlich die Top 5% der Großunternehmen. Sie ersparen sich damit rund 1,5 Milliarden Euro – einfach so. Geld, das anderswo durch Kürzungen wieder hereingeholt werden muss, gerade weil die Regierung eine „schwarze Null“ (keine neuen Staatsschulden) anstrebt.

Zahnlos gegen Klimawandel

Im Bereich Umwelt gibt es ein paar positive Maßnahmen wie Verbilligung und Verbesserung des österreichweiten öffentlichen Verkehrs sowie den Ausbau erneuerbarer Energieträger. Bessere Öffis und mehr erneuerbare Energie reduzieren allerdings noch nicht den CO₂-Ausstoß.

Bis 2040 soll Österreich klimaneutral werden. Dafür bräuchte es radikale Reformen, die die wirklichen Verursacher und Profiteure zur Kasse bittet. Das ist allerdings nicht vorgesehen, denn die Öko-

Steuerreform, die 2022 kommen soll, soll niemandem wehtun – also auch nicht den großen Unternehmen, die seit Jahrzehnten massenhaft CO₂ in die Atmosphäre blasen. Diese dürfen wohl weitermachen wie bisher oder werden mit Subventionen aus Steuergeld zu „grünen“ Investitionen angehalten.

Das Regierungsprogramm ist bei weitem nicht der große Wurf zur Bekämpfung der Klimakrise, wie es von den Grünen dargestellt wird. Maßnahmen gegen den Klimawandel bleiben weitgehend vage und ziemlich zahnlos, ihre Finanzierung, angesichts von Steuersenkungen und Schuldenreduktion, völlig offen. Zu befürchten ist, dass die Lohnabhängigen über eine künftige CO₂-Steuer zur Kasse gebeten werden und die notwendige drastische Reduzierung des CO₂-Ausstoßes trotzdem nicht bewerkstelligt werden wird.

Ablenkung und Verschärfung

Im Regierungsprogramm findet sich auch „Migration“, das Angstmachertema Nummer Eins, wieder. Auch wenn wir anderes glauben sollen, ist klar: unser Leben als Lohnabhängige hat sich nicht verbessert, seit es MigrantInnen und AsylwerberInnen immer mehr an den Kragen geht. Aber gerade deswegen wird das Lieblingsfeindbild von Türkis-Blau auch weiter gepflegt und ausgebaut. Wir sollen über Kopftücher diskutieren und dabei die Steuergeschenke an Großunternehmen, Kürzungen im Sozialbereich und ungelöste Probleme im Bildungsbereich vergessen. Wer da mitspielt, schneidet

sich ins eigene Fleisch!

Was zunächst als Maßnahmen gegen einzelne Gruppen daherkommt wird als Boomerang früher oder später viele Arbeitende treffen. So werden neben den MigrantInnen auch die vermeintlichen „Sozialschmarotzer“ verstärkt ins Visier geraten. Die geplanten Verschärfungen bei Arbeitslosen erhöhen den Druck auf alle Beschäftigten, sich im Beruf mehr gefallen zu lassen und Arbeitslosigkeit stärker zu fürchten. Zudem sollen Arbeitssuchende vermehrt als Billigarbeitskräfte erhalten – und damit auch den Druck auf unsere Löhne erhöhen.

Farbenblinde Offensive

Auf die zentralen Fragen für uns Arbeitende bietet Türkis-Grün keine Antworten: leistbares Wohnen, Verbesserungen bei Bildung und Kinderbetreuung, Stär-

Auf die zentralen Fragen für uns Arbeitende bietet Türkis-Grün keine Antworten: leistbares Wohnen, Verbesserungen bei Bildung und Kinderbetreuung, Stärkung sozialer Absicherung, Medizin für das kränkelnde Gesundheitssystem, massiver Ausbau von Pflegeeinrichtungen...

kung sozialer Absicherung, Medizin für das kränkelnde Gesundheitssystem, massiver Ausbau von Pflegeeinrichtungen. Die Antworten auf die Klimakrise klingen zwar ambitioniert, werden mangels Finanzierung aber kaum Fahrt aufnehmen.

Die neue Regierung zeigt auch, dass es kaum einen Unterschied macht ob türkis, grün, rot oder blau den Ton angeben – es spielen ohnehin alle nach den gleichen Noten von Wirtschaftsverbänden, LobbyistInnen und GroßspenderInnen. Wir Lohnabhängigen sollten uns gegenseitig Solidarität und Mut spenden, um weitere Angriffe auf unsere Lebensverhältnisse zurückzuschlagen.

Unsere Stimme im Krankenhaus

Aufschrei für mehr Personal

Tirol, Steiermark, Oberösterreich, Wien, ... in den Krankenhäusern fehlt es an Personal. Laut Betriebsrat sind allein in der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft (KAGES) 300 Posten offen. Bei den Barmherzigen Brüdern in Graz wurden symbolisch 180 PappkollegInnen aufgestellt, um auf deren Fehlen hinzuweisen. Auch beim Krankenhaus St. Josef in Braunau wurde gemeinsam mit 300 PappkollegInnen demonstriert. Die Gewerkschaft Vida fordert in einer Kampagne 20 % mehr Pflegepersonal. Das Problem besteht überall, egal ob Krankenhaus, Pflegeheim, öffentlich oder privat. Gelöst werden kann es nur gemeinsam.



Foto: Walter Gering

Mehr Personal fürs KH Nord

Kämpfen brings: Im Dezember fanden im Krankenhaus Nord Dienststellenversammlungen statt. Dafür wurden 30 Betten gesperrt. Dieser Umstand ist auch in die Medien gelangt, die über „Arbeitsniederlegungen“ berichtet haben. Ein Thema bei den Versammlungen: Der Personalmangel.

Von Direktion und Stadtrat wurde dieser Mangel immer bestritten. Die Erfahrungen von PatientInnen und Personal sprechen eine andere Sprache. Auch, dass gerade nach den Weihnachtsferien die Kinderstation geschlossen wurde, hat darauf aufmerksam gemacht.

Nach den Versammlungen, die von oppositionellen PersonalvertreterIn-

Pflege: Versicherung und Bonus

Im türkis-grünen Regierungsprogramm sind auch Maßnahmen, um dem steigenden Pflegebedarf zu begegnen, vorgesehen. Welche Form die angedachte Pflegeversicherung genau annehmen wird, ist noch nicht abzusehen. Klar ist jedenfalls, dass sie nicht durch die Arbeitgeber finanziert werden soll. Möglich ist hingegen etwa eine Umschichtung von der Unfallversicherung zur Pflege. Es besteht die Gefahr, dass statt einer Ausfinanzierung von Pflege und Gesundheitssystem, die zu knappen Mittel zwischen verschiedenen Bereichen und Budgettöpfen hin und her geschoben werden.

Grundsätzlich soll laut Regierung die Altenpflege so viel wie möglich daheim und ambulant erfolgen. Natürlich ist es gut, wenn es älteren Menschen ermöglicht wird, in einem angenehmen Umfeld zu verbleiben. Das darf

aber kein Ersatz für professionelle Betreuung sein, egal ob im Heim oder daheim. Ein positiver Schritt wären die geplanten Community Nurses, die in 500 Gemeinden kommen sollen. Insgesamt wird aber die Tendenz überwiegen, Altenpflege in den Privatbereich zu schieben. Bonuszahlungen und Erleichterungen für pflegende Angehörige sind kein Ersatz für ein flächendeckendes, professionelles Pflegeangebot.

Massenstreiks in Frankreich

Anfang Dezember wurde von verschiedenen Gewerkschaften und Berufsgruppen zu einem landesweiten Streiktag aufgerufen. Hauptthema war die Ablehnung der Pensionsreform von Präsident Macron, die große Teile der Bevölkerung in die Altersarmut treiben würde.

Mit dabei sind an vorderster Front die Beschäftigten bei Eisenbahn und Regionalverkehr, aber auch LehrerInnen, KindergärtnerInnen und die PflegerInnen der Notaufnahmen, die schon seit einem Jahr regelmäßig streiken. Nachdem am 5. Dezember fast zwei Millionen Arbeitende aus allen Berufsgruppen auf den Straßen waren, haben die Proteste nicht aufgehört. Bei Versammlungen in Stadtteilen und Bahnhöfen haben sich die Leute organisiert, die Streiks verlängert und Aktionen geplant. Selbst über die Weihnachtsferien stand der Bahnverkehr wegen der Streiks still, die Demonstrationen im Jänner waren weiterhin kämpferisch. Alles Gute den KollegInnen, ihr Erfolg könnte unser Vorbild sein.

aber kein Ersatz für professionelle Betreuung sein, egal ob im Heim oder daheim. Ein positiver Schritt wären die geplanten Community Nurses, die in 500 Gemeinden kommen sollen. Insgesamt wird aber die Tendenz überwiegen, Altenpflege in den Privatbereich zu schieben. Bonuszahlungen und Erleichterungen für pflegende Angehörige sind kein Ersatz für ein flächendeckendes, professionelles Pflegeangebot.

Gesundheitssystem

Im Programm der neuen Regierung fehlt es an einer wirklichen Strategie gegen die zahlreichen Brandherde im Gesundheitsbereich. Der Ärztemangel und Bedarf an Pflegepersonal wird zwar als Problem erkannt und soll gemildert werden. So ist auch vorgesehen die „nichtärztlichen Gesundheitsberufe zu stärken und aufzuwerten“. Aus der Erfahrung mit dem mitverantwortlichen Bereich im KAV wissen wir, was das bedeuten kann: unter der Situation eines dauerhaften Personalmangels wird die Arbeit von einer Berufsgruppe zur nächsten weitergereicht. Dabei sollen zwar immer mehr Tätigkeiten übernommen, aber nicht finanziell abgegolten werden.